



Vielfalt ist Stärke

- Thesen zur Landtagswahl 2016

Bildung ist für die Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz und der gesamten Bundesrepublik von herausragender Bedeutung. Nur durch Bildung kann dem Fachkräftemangel und dem demografischen Wandel begegnet werden. Der Bildungsbereich muss gestärkt und zukunftsfähig gemacht werden. Es gilt Bildungsbenachteiligungen abzubauen und die Durchlässigkeit auf allen Ebenen der Bildung zu gewährleisten. Eine verbesserte Bildungsfinanzierung ist hierfür die Grundlage. Handlungsleitende Grundlage bildungspolitischer Entwicklung in Rheinland-Pfalz muss sein, für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen die Chancen auf Teilhabe an inklusiver Bildung zu erhöhen. Die Entwicklung einer inklusiven gesellschaftlichen Haltung muss durch die Planung und Durchführung von Maßnahmen, die einen vorurteilsfreien Prozess der Information, Diskussion und Meinungsbildung initiieren, gewährleistet werden. Der Abbau von Bildungsbarrieren bezogen auf soziale, kulturelle, ethnische und religiöse Hintergründe sowie aufgrund sexueller Orientierung sind in allen Bildungseinrichtungen durch die Schaffung struktureller, personeller und finanzieller Rahmenbedingungen zu gewährleisten.

Dabei sehen wir die folgenden Handlungsfelder im Fokus:

- 1. Bildungswege für alle öffnen und Chancengleichheit herstellen - Integration von Migrant_innen aktiv und flexibel gestalten**
- 2. Mehr Geld für Bildung – bessere Bildung für alle**
- 3. Bildung von Anfang an**
- 4. Keiner ohne Abschluss – bessere Ausbildungsvoraussetzungen**
- 5. Mehr Jugendliche mit Hochschul- und Fachhochschulreife, Studienabschlussquote steigern**
- 6. Qualifizierte berufliche Bildung für alle**
- 7. Unterstützungssysteme entscheiden über unsere Zukunft - Weiterbildung mehr wert schätzen**
- 8. Keine Ökonomisierung von Bildung**
- 9. Attraktivität pädagogischer Berufe erhöhen**
- 10. Beschäftigungsbedingungen und Berufsperspektiven an Hochschulen und Universitäten verbessern**
- 11. Arbeit zukunftsfähig und lebensphasengerecht gestalten**

1. Bildungswege für alle öffnen und Chancengleichheit herstellen - Integration von Migrant_innen aktiv und flexibel gestalten

Vorrangig muss die erhebliche Ungleichheit der Bildungschancen abgebaut werden.

Die bildungspolitischen Maßnahmen müssen darauf gerichtet werden, die Bildungsbeteiligung der Kinder und Jugendlichen aus allen Bildungsschichten und Familien mit Migrationshintergrund deutlich zu erhöhen, um ihnen höhere Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Bei allen bildungspolitischen Maßnahmen ist zu hinterfragen, wie weit sie die enge Koppelung von Lernerfolg und sozialer Herkunft weiter verschärfen oder dieser entgegen wirken. Der Zusammenhang von Lernerfolg und sozialer Herkunft muss sich mindestens auf den OECD-Durchschnittswert verringern. In Rheinland-Pfalz muss weiterhin der Elternwille bei der Schullaufbahnentscheidung Vorrang haben. Die Orientierungsstufe muss erhalten bleiben und zu einem längeren gemeinsamen Lernen ausgestaltet werden – in Klassen ohne äußere Leistungs differenzierung und mit Binnendifferenzierung. Der Zwang, sich für einen Bildungsgang zu entscheiden, muss durch Schulen mit mehreren Bildungsgängen verringert werden. „Eine Schule für Alle“ muss das Ziel der weiteren Veränderung der Schulstruktur sein.

Zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung ist die gezielte und frühe Sprachförderung und Sprachunterricht für eingewanderte Menschen fest zu verankern und eine qualitativ hochwertige personelle Ausstattung ist zu gewährleisten. Die Weiterentwicklung inklusiver Bildung an allen Schulen durch die Gewähr geeigneter Strukturen und Rahmenbedingungen ist unabdingbar. Leider gilt für Deutschland nach wie vor: je höher die Bildungsstufe desto geringer sind die Chancen auf Inklusion. Eine entsprechende Qualifizierung aller Lehrkräfte aller Schularten ist die Grundlage. Die Struktur der Lehrkräftebildung und Weiterbildung ist diesbezüglich weiter zu entwickeln.

2. Mehr Geld für Bildung – bessere Bildung für alle

Qualitätsverbesserungen in der Bildung sind ohne zusätzliche Mittel zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Personalausstattung nicht zu haben.

Bildung ist die wichtigste Ressource in der modernen Wissensgesellschaft. Besonders angesichts des demografischen Wandels müssen wir uns dem Ziel zuwenden, möglichst viele und möglichst gut gebildete Menschen zu haben, die mit Wissen produktiv umgehen können. Dies ist auch eine Voraussetzung für die Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen.

Um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems zu erhöhen, muss erheblich mehr in Bildung investiert werden. In allen Bereichen des Bildungssystems muss mindestens der OECD-Durchschnitt erreicht werden.

Die Rahmenbedingungen müssen weiter deutlich verbessert und Gelingensfaktoren geschaffen werden.

Zu nennen sind u. a.: 100 Prozent Unterrichtsversorgung sowie eine sinnvolle Vertretungsreserve, deutlich verbesserte Schüler-Lehrer-Relation, verbesserte Raum- und Sachausstattung der Schulen mit Aufenthalts- und Arbeitsmöglichkeiten für Lehrkräfte, bessere Personalschlüssel in allen Bildungseinrichtungen, sichere und gute Arbeitsverhältnisse in Schulen und in der Weiterbildung. Dazu gehört ein verbesserter Arbeits- und Gesundheitsschutz. Auch für den Bildungsbereich gilt: Gleicher Lohn, für gleichwertige Arbeit. Besoldungsdiskriminierungen müssen überwunden werden, das Beamten- und Tarifrecht muss diesbezüglich angepasst werden.

3. Bildung von Anfang an

Alle Kinder müssen ihre kognitiven, motorischen, sozialen und emotionalen Fähigkeiten umfassend entwickeln können. Dazu ist auch die Erziehungs- und Bildungsarbeit mit 0- bis 10-jährigen Kindern weiter auszubauen. Rahmenbedingungen müssen dieser Arbeit angepasst werden.

Frühe Förderung gilt als Basis für eine erfolgreiche Bildungsteilhabe. Der pädagogische Schwerpunkt in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung ist darauf zu richten, alle Kinder in ihren individuellen Lern- und Entwicklungsprozessen zu fördern.

Die Einrichtungen sind deshalb so auszustatten, dass u.a. in kleineren Gruppen und mit einer deutlich verbesserten Erzieher_in-Kind-Relation als bislang üblich gearbeitet werden kann.

Leitungskräften und dem pädagogischen Fachpersonal müssen neben der Arbeit mit den Kindern insbesondere für die Bildungs- und Erziehungspartnerschaften mit Eltern, die Erstellung von Lern- und Bildungsdokumentationen sowie die Kooperation mit Primarschulen angemessene Zeitkontingente zur Verfügung gestellt werden.

Es sind Maßnahmen zu treffen, um auch zukünftig genügend motivierte und geeignete Personen für den Beruf der Erzieher_in zu gewinnen. Dazu gehören u. a. eine angemessene Bezahlung, sichere und alters- und altersgerechte Arbeitsverhältnisse sowie eine hochqualifizierte Ausbildung. Ein gesellschaftspolitischer Diskurs über die Wertigkeit der Arbeit im Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes ist anzustoßen. Im Elementar- und Primarbereich muss durch den Einsatz und die Zusammenarbeit multiprofessioneller Fachkräfte gewährleistet werden, dass die individuellen Entwicklungs- und Lernbedürfnisse aller Kinder Berücksichtigung finden können.

4. Keiner ohne Abschluss – bessere Ausbildungsvoraussetzungen

Jedes Kind soll von Anfang an gemäß seinen Fähigkeiten gefördert werden. Niemand soll die Schule ohne einen Schulabschluss verlassen müssen. Jede_r muss die Kompetenzen erwerben können, die für eine positive Persönlichkeitsentwicklung und erfolgreiche Berufsausbildung notwendig sind.

Statt später durch Sozialsysteme Probleme aufzufangen, müssen alle Schulen durch deutliche bessere Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden, ihren Förderauftrag von Anfang an effektiver erfüllen zu können.

Auch wenn in Rheinland-Pfalz der Anteil der Schulabgänger eines Jahrgangs ohne Abschluss gesunken ist, so ist doch weiterhin der Ausbildungs- und Lebensweg jedes einzelnen Jugendlichen ohne Schulabschluss massiv gefährdet. Dies gilt umso mehr, wenn man den demografischen Wandel und den bevorstehenden Fachkräftemangel im Blick hat.

Die Unterstützung durch Sozialpädagog_innen und schulische Sozialarbeit aller Kinder und Jugendlichen muss an allen Schularten gewährleistet sein. „Keiner ohne Abschluss“ darf kein Ausnahmeprojekt bleiben!

5. Mehr Jugendliche mit Hochschul- und Fachhochschulreife, Studienabschlussquote steigern

Nur mit einer durchlässigeren Bildungslandschaft und einem erweiterten Zugang zu einem Hochschulstudium ist eine höhere Bildungsbeteiligung zu erreichen. Dazu gehört eine solide Finanzierung der Hochschulen und gute Arbeitsbedingungen für Wissenschaftler_innen.

Bundesweit als auch landesweit gilt es, die Quote von Schüler_innen mit Hochschulreife bzw. allgemeiner Hochschulreife zu erhöhen. Nach wie vor gilt es daran zu arbeiten, dass mehr Studienanfänger_innen aus einem Ar-

beiter-Elternhaus eine Hochschule besuchen. Dies gilt ebenso für den Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Sie gilt es zusätzlich zu fördern, damit sie nicht weiterhin an den rheinland-pfälzischen Hochschulen unterrepräsentiert sind. Programme zum Thema „Studieren ohne Abitur“ sind weiter fortzuführen.

Nach wie vor dürfen Studienanfänger_innen nicht durch Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen von einem Studium abgehalten werden. Der Bologna-Prozess gehört nach wie vor auf den Prüfstand. Die Vereinheitlichung des europäischen Forschungs- und Bildungsraums darf keinen Vorrang haben vor dem Abbau von Hindernissen beim Hochschulzugang, guten Studienbedingungen und der Sicherung des Studienerfolgs für alle Studierenden.

6. Qualifizierte berufliche Bildung für alle

Berufliche Bildung ist leistungsfähig, sollte aber stärker auf die Möglichkeit der Weiterqualifikation ausgerichtet werden und Risikoschüler_innen bessere Chancen bieten.

Die duale Berufsausbildung ist ein wesentlicher Beitrag zur Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt und zur Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit. Die Rolle der Berufsschule im dualen System muss nach wie vor gestärkt werden, weil die am Lernort Schule erworbenen Kompetenzen entscheidend sind für die Fähigkeit zur Weiterqualifikation und damit zur beruflichen Flexibilität und zu langfristigen Erwerbchancen der Arbeitnehmer_innen. Bedingt durch den demografischen Wandel müssen entsprechende Bildungsangebote regional verankert sein.

Trotz einer Steigerung des Angebots an betrieblichen Ausbildungsstellen in Rheinland-Pfalz bleiben immer noch viele Bewerber_innen ohne Ausbildungsplatz. Statt ineffiziente und z.T. perspektivlose Übergangsmaßnahmen zu schaffen, brauchen diese Jugendli-

chen eine voll qualifizierende schulische Berufsausbildung mit Praxisanteilen, die zur externen Kammerprüfung führt. Dafür müssen an den Berufsbildenden Schulen die personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Der derzeit bestehende Fachkräftemangel an Berufsbildenden Schulen ist mit konkreten Maßnahmen zu begegnen.

Wie schon erwähnt gilt es, Studierwilligen mit beruflichen Qualifikationen ohne formale Hochschulzugangsberechtigung das Studium zu ermöglichen. Um diesen Bewerber_innen den Weg in die Hochschule zu ebnen, müssen die Berufsbildenden Schulen während der dualen Berufsausbildung studienvorbereitende Zusatzqualifikationen und darüber hinaus weiterführende berufliche Bildungsgänge anbieten.

Der gebührenfreie Zugang zur beruflichen Weiterbildung an den modularisierten Fachschulen leistet einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung des Fachkräftemangels und zur Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung.

7. Unterstützungssysteme entscheiden über unsere Zukunft - Weiterbildung mehr wertschätzen

Die Mittel für die öffentlich geförderte Fort- und Weiterbildung - insbesondere für die Volkshochschulen - müssen erheblich erhöht werden.

Nach wie vor wird zu wenig in die öffentlich verantwortete Weiterbildung investiert. Der Anteil der Bildungsausgaben für Weiterbildung liegt in Rheinland-Pfalz laut eines für die GEW erstellten Gutachtens von 2014 nur bei 0,2 %. Somit befindet sich das Land weit unter dem schon niedrigen Bundesdurchschnitt von 0,34 %. Die Finanzierungslücke zu der Zielmarke 1 % des Bildungsetats ist immens und ist ein deutliches Signal, wie wenig die Politik die allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung wertschätzt.

Eine Erhöhung der öffentlichen Ressourcen ist notwendig, damit Volkshochschulen ihre Angebote an Grundbildungskursen, Schulabschlusskursen und Deutschkursen für Flüchtlinge/Asylsuchende ausweiten können. Sie brauchen mehr Mittel, um ihrer zentralen Aufgabe, einer flächendeckenden Grundversorgung in der Weiterbildung, gerecht werden zu können. Kostengünstige Angebote gerade für solche Menschen sind zu garantieren, deren Zugang zu Weiterbildung ansonsten eingeschränkt wäre.

Eine verlässliche und ausreichende Finanzierung der Weiterbildungseinrichtungen ist erforderlich, um die Qualität und Professionalität zu sichern. Stellenabbau und zunehmende Arbeitsverdichtung bei den leitenden und planenden Mitarbeiter_innen müssen gestoppt werden. Prekäre Arbeit muss abgebaut werden, für die Lehrenden müssen feste Stellen mit tariflicher Bezahlung geschaffen werden.

8. Keine Ökonomisierung von Bildung

Ökonomisierung der Bildung und technokratische Umsteuerung des Bildungswesens sind ungeeignet, die bestehenden Mängel zu beheben.

Das Bildungswesen ist nach wie vor unterfinanziert und sozial ungerecht. Bei ständig gestiegenen Anforderungen an die Beschäftigten haben sich deren Arbeitsbedingungen nicht grundlegend verbessert. Unter großem Zeitdruck verordnete Reformen führen zu zunehmender Arbeitsverdichtung. Dies gefährdet die Gesundheit der Beschäftigten, während die gesetzlichen Vorschriften des Arbeits- und Gesundheitsschutzes bisher nur unzureichend umgesetzt werden.

Der Trend, Reformen im Bildungswesen zu beschließen, die diese Rahmenbedingungen ignorieren und sich einer Steuerung des messbaren Outputs zuwenden, ist umzukehren.

Erziehungs- und Wissenschaftsinstitutionen sind von ihrer Zielsetzung her keine Wirtschaftsbetriebe. Bildung ist staatliche Aufgabe und darf nicht kommerziellen Interessen geopfert werden. Der Erfolg von Bildung darf nicht an rein ökonomischen Verwertungsinteressen gemessen werden. Stattdessen ist ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem zu schaffen, von dem die Volkswirtschaft und die gesamte Gesellschaft profitieren. Eine Ausrichtung auf mehr Standardisierung sowie Kontrolle durch Tests und Prüfungen, während gleichzeitig die bestehenden sozialen Benachteiligungen hingenommen werden, können die Bildungsbeteiligung nicht erhöhen und werden die soziale Spaltung der Gesellschaft verstärken.

9. Attraktivität pädagogischer Berufe erhöhen

Rheinland-Pfalz steuert auf einen Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich zu. Dem muss gezielt entgegengewirkt werden.

In allen Bildungsbereichen brauchen wir Menschen mit hoher Qualifikation, die den Herausforderungen pädagogischer Arbeit gewachsen sind.

Durch gute Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten verbesserte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze müssen Anreize geschaffen werden, pädagogische Berufe zu ergreifen. Berufliche Vorerfahrung und Kompetenz hat ihren Preis und muss bei der tariflichen Eingruppierung bei der Einstellung in allen Bildungseinrichtungen entsprechend berücksichtigt werden.

Die beamten- und tarifrechtlichen Rahmenbedingungen für die Beschäftigten sind zu verbessern. Bei der Novellierung des Landesbeamtengesetzes und des Laufbahnrechts sind Grundlagen demokratischer Strukturen im Sinne der DGB-Forderung „Verhandeln statt Verordnen!“ zu schaffen. Für die Besoldung der Beamt_innen im Schul- und Hochschulbereich muss „gleicher Lohn für gleiche

Arbeit!“ gelten. Alle Lehrämter, bei denen ein Hochschulabschluss gefordert ist, sind dem höheren Dienst (4. Einstiegsamt) zuzuordnen und entsprechend zu besolden.

10. Arbeit zukunftsfähig und lebensphasengerecht gestalten

Gute Beschäftigungsverhältnisse machen den öffentlichen Dienst attraktiv

Für den öffentlichen Dienst gilt es, den Arbeitsplatz in den Bildungseinrichtungen so zu gestalten, dass die Arbeit bis zum Erreichen des regulären Eintritts in den Ruhestand erreicht werden kann. Neben weiteren Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes müssen neue Modelle lebensphasenbezogener Arbeitszeit entwickelt werden. Hierbei müssen die Interessen jüngerer sowie älterer Arbeitnehmer_innen gleichermaßen Berücksichtigung finden.

11. Beschäftigungsbedingungen und Berufsperspektiven an Hochschulen und Universitäten verbessern

Gute Beschäftigungsbedingungen und Berufsperspektiven für Wissenschaftler_innen sind die Grundvoraussetzung für gute und auch exzellente Forschung und Lehre.

Berechenbare Karrierewege und stabile Beschäftigungsbedingungen können Wissenschaftler_innen dann von den Universitäten und Hochschulen geboten werden, wenn ihnen eine verlässliche und ausreichende finanzielle Ausstattung gewährleistet wird. Der Standort Rheinland-Pfalz muss dafür Sorge tragen, dass „gute Arbeit in der Wissenschaft“ möglich wird und junge hochqualifizierte Wissenschaftler_innen an rheinland-pfälzische Universitäten und Hochschulen gebunden werden und nicht abwandern. Die Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule und For-

schung und die Perspektiven von Wissenschaftler_innen sind zu verbessern. Rheinland-Pfalz ist als Arbeitgeber in der Verantwortung für die Qualität von Karrierewegen und Beschäftigungsbedingungen an allen Hochschulen Sorge zu tragen.

Qualität an Hochschulen hat ihren Preis. Deshalb sind bei der tariflichen Eingruppierung berufliche Erfahrungen aus vorhergehenden Arbeitsverhältnissen so anzuerkennen, dass eine Bestenauslese tatsächlich auch stattfinden kann.

Beschluss des Landesvorstandes der GEW Rheinland-Pfalz vom 30.09.2015

<http://www.gew-rlp.de>